

Pressemitteilung vom 24.02.2006

Über 20 sächsische Verbände, Vereine, Initiativen und zahlreiche Bürger vor allem aus Leipzig fordern von der sächsischen Landesregierung eine grundsätzliche Wende beim Aufbau-Ost

Derzeit wird im Sächsischen Staatsministerium für Wirtschaft und Arbeit der künftige Mitteleinsatz aus dem Europäischen Strukturfonds EFRE für den Zeitraum 2007 bis 2013 festgeschrieben. Die Länder bestimmen dabei über den Einsatz der europäischen Gelder weitgehend eigenständig. Aus diesem Anlaß fordern zahlreiche Verbände, Vereine, Initiativen und Bürger die sächsische Landesregierung in einem offenen Brief auf, künftig stärker die aus dem demographischen Wandel resultierenden Probleme anzugehen. Zudem darf die Chance nicht vertan werden, mit den europäischen Geldern wertvolle vorhandene und zukunftsfähige Strukturen weiter und deutlicher zu stärken.

Jetzt gilt es, intelligente und standortgerechte Investitionen zu befördern. Nachdem es in den letzten Jahren gelungen ist, die Verkehrsinfrastruktur, vor allem das Straßennetz, in einen hoch leistungsfähigen Stand zu versetzen, müssen daher nun künftig veränderte Schwerpunkte gesetzt werden.

→ **Generell sollte in Sachsen nach Jahren des Auf- und Ausbaus künftig verstärkt die Bewahrung und Stärkung des Vorhandenen im Vordergrund stehen - nicht zuletzt als Basis einer künftig selbsttragenden wirtschaftlichen Entwicklung jenseits öffentlicher Förderprogramme.**

Konkret wird gefordert:

1.) Künftig müssen noch stärker Mittel in den Stadtumbau-Ost umgeleitet werden.

Der Mitteleinsatz hat sich dabei aus fachlichen Gründen an der Grundmaxime zu orientieren: „Schrumpfen an den Stadträndern und Stärkung der gewachsenen historischen Stadtviertel“.

2.) Mittel für den Stadtumbau dürfen nur dort fließen, wo ein „Integriertes Stadt(teil)entwicklungskonzept“ vorliegt.

Kommunen müssen endlich Abriß- und Aufwertungsgebiete klar benennen. Bislang sind die Mittel aus dem Stadtumbau im Hinblick auf die bezweckten strukturellen

Verbesserungen nahezu wirkungslos versendet (vgl. aktueller Bericht des Landesrechnungshofes). Vielmehr wurden sogar falsche Anreize geschaffen. Insgesamt wurden in den letzten Jahren in Sachsen bereits vielfach wertvolle, gewachsene, bewahrenswerte historische Stadtstrukturen sinn- und planlos zerstört. Das muß beendet werden.

3.) Künftig müssen verstärkt Mittel in den städtebaulichen Denkmalschutz fließen.

Die gerade im Vergleich zu den westlichen Bundesländern enorme Dichte an Baudenkmalen in Sachsen ist einer der entscheidenden und langfristig ausbaubaren und tragfähigen Standortvorteile Sachsens. Zudem stellt der Denkmalschutz eine der zukunftsträchtigsten Investitionsarten dar.

Attraktive und unverwechselbare Städte mit einem hohen Denkmalbestand dienen wegen ihres hohen identitätsstiftenden Wertes dem Kampf gegen die Abwanderung. Zugleich wirken solche Städte aber auch anziehend für Neubewohner. Vor allem sind sie aber auch langfristig und nachhaltig ein wichtiger Wirtschaftsfaktor. Dies gilt zunächst ganz offensichtlich für den Tourismus. Geld für die Denkmalpflege bedeutet aber vor allem auch Wirtschaftsförderung an der Stelle, wo sie am sinnvollsten ist. Hier bekommen kleine und mittlere Unternehmen bzw. Handwerksbetriebe Aufträge, die das Rückrat unserer Wirtschaft bilden. Hier können nachhaltig Arbeitsplätze vor Ort geschaffen werden.

Zugleich können mit gestärkten historischen Quartieren attraktive Alternativen zum Wohnen und Arbeiten an den Stadträndern geschaffen werden und damit Probleme wie Flächenneuersiegelung (Hochwasser, etc.), wachsender Pendelverkehr (Luftschadstoffe, etc.), Raubbau an Landschaft (Erholungseignung, etc.) reduziert werden.

4.) Fördermittel müssen auch für den Rückbau von Infrastruktur (Versorgungsleitungen, Verkehrsinfrastruktur) bereitstehen.

Nur so bekommen die Städte den Anreiz, endlich wirklich „von außen nach innen zu schrumpfen“ und sich nicht unsinnig zu „perforieren“. Auf Dauer werden die unverkürzten Leitungen in einer ausgedünnten Nutzerstruktur den privaten Nutzern, aber auch den öffentlichen Betreibern Unsummen von Geldern abverlangen, die nicht tragbar sind. Die aus der Unterhaltung und wachsenden Störanfälligkeit überdimensionierter Infrastrukturanlagen resultierenden Kosten sind vielerorts schon heute nicht mehr vertretbar.

5.) Die Mittel müssen künftig auch in soziokulturelle Zentren fließen.

Diese erfüllen zahlreiche unverzichtbare öffentliche Aufgaben, die von staatlicher Seite kaum zu organisieren wären. Bislang erfolgte die Förderung dieser Zentren nahezu ausschließlich aus kommunalen Kassen, die nun bekanntlich leer sind. Hier besteht die geradezu einmalige Chance, von der unsicheren ausschließlichen Abhängigkeit von den jeweiligen Kommunen wegzukommen.

6.) Ökologischer Stadtumbau muß gefördert werden.

Damit kann die Attraktivität der historischen Stadtteile deutlich erhöht werden, dies nicht zuletzt in Konkurrenz zur oftmals nur sogenannten „Grünen Wiese“. Nachhaltig heißt dabei etwa Erhöhung der Lebensqualität in innerstädtischen Wohnquartieren durch Erhöhung des Grünanteils; die Gewährung von Freiräumen für Stadtnatur auf dauerhaft nicht mehr benötigten Flächen; und nicht zuletzt die die Vernetzung von Grünflächen im Sinne der Herstellung eines städtischen Grünverbunds.

→ Was dagegen künftig nicht mehr so stark gefördert werden soll, ist der weitere Ausbau der Verkehrsinfrastruktur.

Auch ungeachtet noch bestehender einzelner Lücken in der sächsischen Verkehrsinfrastruktur, ist hier das Wesentliche getan. Vielmehr ist die Verkehrsinfrastruktur bereits heute schon teilweise überdimensioniert. Wenn der Bevölkerungsrückgang in Sachsen wie prognostiziert erfolgt, wird sie es in Kürze vielerorts im hohen Maße sein. Wie die wachsende Last der Unterhaltungsmaßnahmen (Brücken, Straßenbelag, Straßenbäume, Winterdienst, etc.) künftig von immer weniger Bürgern gestemmt werden soll, ist schon heute eine der großen Zukunftsfragen. Nicht zuletzt ist mittlerweile auch hinlänglich bewiesen, daß der Zustand der Infrastruktur für Wirtschaftswachstum und gar Arbeitsplätze unter den einschlägigen Faktoren nur eine untergeordnete Rolle spielt. Vielmehr unterstützt ein starker Straßenausbau dagegen nachweislich eher die Zersiedlung der Landschaft und Ausdünnung der Städte, als daß er zu neuen Arbeitsplätzen führt (so etwa der Bericht der Expertengruppe um Dohnanyi für die Bundesregierung zum Aufbau-Ost von 2004). Zudem stehen für Verkehrsinfrastruktur auch unabhängig von EFRE nach wie vor ausreichend Mittel zur Verfügung. Dies allein schon von Seiten des Bundes, der hier noch immer einen seiner Investitionsschwerpunkte setzt.

Zu den Unterzeichnern des Schreibens gehören neben zahlreichen Bürgern:

Bürgerverein Bachviertel e.V.
Bürgerverein Gohlis e.V.
Bürgerverein Kolonnadenviertel e.V.
Bürgerverein Musikviertel e.V.
Bürgerverein Leipziger Ostvorstadt e.V.
Bürgerverein Schönefeld e.V.
Bürgerverein Waldstraßenviertel e.V.
creativer center e.V.
Deutsche Stiftung Denkmalschutz, Ortskuratorium Leipzig
Förderverein für Nachhaltige Stadtentwicklung e.V.
Grüne Liga Sachsen e.V.
Haus & Grund Leipzig e.V.
Haushalten e.V.
IG Kleinzschocher
Lehmstedt Verlag
NABU Landesverband Sachsen e.V.
NABU Kreisverband Leipzig e.V.
Neue Ufer e.V.
Ökolöwe-Umweltbund Leipzig e.V.
Pro Leipzig e.V.
Stadtbaukultur e.V.
Wasserstadt Leipzig e.V.

Für Rückfragen steht Ihnen zur Verfügung:

Herr Wolfram Günther unter 0341 / 30 65 160 bzw. 0179 / 705 18 59